

25 Prüfungsfragen im Bereich „Geschichte“ mit jeweils einer richtigen Antwort

1. Napoleonische Kriege

- a) Der deutsche Nationalstaat war ein Ergebnis der Napoleonischen Kriege.
- b) Die Kriege zwischen 1792 und 1815 wurden von den Nachbarn Frankreichs als Befreiung begriffen.
- c) Napoleon und Preußen entwickelten die Idee eines deutschen Nationalstaates.
- d) Der Kampf gegen Napoleon stimulierte die Entwicklung der deutschen Nationalbewegung.**

2. Wiener Kongress

- a) Der Wiener Kongress begründete ein stabiles Gleichgewicht der kontinentaleuropäischen Mächte ohne Beteiligung Großbritanniens.
- b) Alle Teilnehmer des Wiener Kongresses einigten sich auf die anti-revolutionäre Heilige Allianz.
- c) Der Wiener Kongress bahnte den Weg zum Deutschen Bund.**
- d) Die auf dem Wiener Kongress etablierte internationale Ordnung basierte im Kern auf einer anti-deutschen Koalition zwischen Großbritannien und Russland.

3. Deutscher Bund nach 1815

- a) Der Deutsche Bund war ein Bundesstaat und entsprach weitgehend dem territorialen Bestand des Nationalstaates von 1871.
- b) Preußen wirkte von Anfang an als Führungsmacht im Deutschen Bund und dominierte vor allem die süddeutschen Staaten und die Habsburgermonarchie.
- c) Der Deutsche Bund war ein Staatenbund, in dem die prinzipielle Souveränität seiner Mitglieder galt.**

d) Durch den Zollverein konnte die Habsburgermonarchie zunehmenden Einfluss innerhalb des Deutschen Bundes ausüben.

4. Die Revolutionen von 1848/49

a) In Deutschland entstand im März 1848 ein demokratischer Nationalstaat mit einem Zentralparlament in Frankfurt auf der Basis einer parlamentarischen Monarchie.

b) Die Herausforderung der Revolution in Deutschland bestand in der Doppelaufgabe, einen freiheitlichen Staat zu schaffen und dessen Grenzen als Nationalstaat zu definieren.

c) In der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 konnte sich die großdeutsche Lösung erst durchsetzen, nachdem die europäischen Nachbarn sie akzeptiert hatten.

d) Die Interventionen von außen durch Großbritannien und Russland erklären, warum die Revolutionen in Frankreich, Deutschland, der Habsburgermonarchie und Italien letztlich scheiterten.

5. Bismarck

a) Bismarck leitete als preußischer Ministerpräsident von den Ereignissen zwischen der Revolution 1848 und dem Krimkrieg ab, dass ein deutscher Nationalstaat nur gegen Russland durchzusetzen war.

b) Im Deutsche Bund stellte der Konflikt zwischen Preußen und Österreich eine Konstante dar, die für Bismarcks politische Entwicklung grundlegend wurde.

c) Bismarck war 1866 aufgrund seiner außenpolitischen Erfolge ein in ganz Deutschland unumstrittener Politiker.

d) Bismarck setzte allein auf militärische Stärke, um einen deutschen Nationalstaat zu erreichen.

6. Der deutsche Nationalstaat von 1871

a) Das Deutsche Kaiserreich von 1871 war ein Staatenbund mit parlamentarischer Monarchie.

b) Das Deutsche Kaiserreich von 1871 war ein föderaler Bundesstaat, in dem alle Männer über 21 Jahren an den Wahlen zum Reichstag teilnehmen durften.

c) Das Deutsche Kaiserreich von 1871 war eine konstitutionelle Monarchie, die zentralstaatlich von Berlin aus organisiert war.

d) Das Deutsche Kaiserreich von 1871 entsprach der großdeutschen Lösung, die bereits 1848 angedacht worden war.

7. Das Auswärtige Amt

a) Das Auswärtige Amt entsprach bereits seit 1810 dem preußischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten.

b) Das Auswärtige Amt war im Deutschen Kaiserreich ein Reichsamt, das von einem Staatssekretär geleitet wurde.

c) Das Auswärtige Amt sollte seit der Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 Außenministerium heißen.

d) Das Auswärtige Amt wurde nach 1871 von Diplomaten und Militärs geleitet.

8. Das Deutsche Kaiserreich in den internationalen Beziehungen seit 1871

a) Das Deutsche Kaiserreich setzte von Anfang an auf eine Eskalation gegenüber Frankreich und Russland.

b) Das Deutsche Kaiserreich setzte seit 1878 auf eine territoriale Expansionspolitik in Osteuropa.

c) Das Deutsche Kaiserreich betrieb seit 1890 eine defensive Außenpolitik, die dem Ideal eines friedlichen Handelsstaates entsprach.

d) Das Deutsche Kaiserreich betrieb seit den 1890er Jahren als „imperialisierender Nationalstaat“ eine eigene Weltpolitik, die seine Handlungsspielräume vor 1914 einschränkte.

9. Die Kolonialpolitik des Deutschen Kaiserreichs

a) Die deutsche Kolonialpolitik hatte vor allem ökonomische Motive und erwies sich bis 1900 als wirtschaftlicher Erfolg.

b) Weil die deutsche Kolonialpolitik darauf verzichtete, wie Großbritannien und Frankreich formale Territorialherrschaft in Asien und Afrika zu begründen, konnte Bismarck als „ehrlicher Makler“ in der Außenpolitik auftreten.

c) Die Kolonialpolitik trug entscheidend dazu bei, die deutsche Arbeiterbewegung mit dem Nationalstaat von 1871 zu versöhnen.

d) Bismarck fürchtete, dass eine deutsche Kolonialpolitik zu mehr internationalen Spannungen führen werde.

10. Ausbruch des Ersten Weltkrieges

a) Der Erste Weltkrieg war bereits 1871 durch die Entstehung des Deutschen Kaiserreichs absehbar.

b) Am Ausbruch des Ersten Weltkrieges trug Großbritannien die Hauptschuld, weil es durch seine Flottenrüstung vor 1914 seine imperialen Ziele gegen das Deutsche Reich durchsetzen sollte.

c) Der Hauptgrund für den Ausbruch des Weltkrieges lag in einer französisch-russischen Einkreisung Deutschlands, gegen die sich Berlin früher oder später wehren musste.

d) Der Verlauf der Julikrise erwies den Misserfolg der Abschreckung der wichtigsten Bündnisse vor 1914, der Triple Entente und des Dreibunds.

11. Der Erste Weltkrieg

a) Der Erste Weltkrieg bedeutete das Ende aller kontinentaleuropäischen Imperien und maritimen Kolonialreiche bis 1918.

b) Mit dem Frieden von Brest Litowsk setzten sich die Bolschewiki in Russland endgültig durch.

c) Auf das von den Bolschewiki und dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson ab 1917 vertretene Prinzip „nationaler Selbstbestimmung“ beriefen sich auch Menschen im Nahen und Mittleren Osten, in Asien und Afrika.

d) Deutschland verlor den Weltkrieg nicht aufgrund einer militärischen Niederlage, sondern wegen der Revolution vom November 1918.

12. Die Pariser Vorortverträge 1919/20

a) Der Versailler Vertrag trug langfristig zur Stabilisierung der Weimarer Republik bei.

b) Durch die Ratifizierung des Versailler Vertrags wurden die Vereinigten Staaten zu einem entscheidenden Akteur in den internationalen Beziehungen der 1920er und 1930er Jahre.

c) Die Völkerbundakte enthielt nicht nur das Selbstbestimmungsrecht, sondern nahm auch das Prinzip der rassischen Nichtdiskriminierung auf.

d) Der Ausschluss der „Verliererstaaten“ aus dem neu gegründeten Völkerbund belastete die Glaubwürdigkeit der neuen Friedensordnung.

13. Außenpolitik der Weimarer Republik

a) Der Rapallo-Vertrag nahm den Hitler-Stalin-Pakt von 1939 vorweg.

b) Die Stärke des Locarno-Vertrags lag in der Garantie bestehender Grenzen in West- und Osteuropa.

c) Um eine friedliche Revision von Grenzen im Osten zu erreichen, setzte Gustav Stresemann auf eine allmähliche Integration Deutschlands in ein System kollektiver Sicherheit.

d) Das Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion trug am Ende der 1920er Jahre zur Beruhigung der internationalen Beziehungen bei.

14. Reparationen

a) Mit der Konferenz von Lausanne gelang 1932 die Lösung der Reparationsfrage für Deutschland.

b) Die Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Reparationen erzwangen die Rückkehr zum Goldstandard.

c) Der Dawes-Plan beendete die Zahlung deutscher Reparationen.

d) Durch den Young-Plan gewährten die Vereinigten Staaten Deutschland großzügige Kredite, mit denen Deutschland seine Reparationen zurückzahlen konnte.

15. Internationale Beziehungen ab Anfang der 1930er Jahre

a) Das Ergebnis der japanischen Aggression gegen die Mandschurei 1931 stärkte die Position des Völkerbundes.

b) Der Austritt Japans aus dem Völkerbund begründete die außenpolitische Achse Rom-Berlin-Tokio.

c) Adolf Hitler setzte nach dem Januar 1933 im Auswärtigen Amt zunächst auf personelle Kontinuität, um das Ausland zu beruhigen.

d) Hitlers Politik gegenüber Großbritannien bewies, dass er einen maritimen Krieg gegen das Britische Empire plante.

16. Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs

a) Auf der Münchner Konferenz 1938 konnte die Sowjetunion ihre Position als Vermittler in den internationalen Beziehungen stärken.

b) Mit dem „Anschluss“ Österreichs, der Sudetenkrise und der Zerstörung der unabhängigen Tschechoslowakei ging die deutsche Außenpolitik zur offenen Aggression über.

c) Die Appeasement-Politik Großbritanniens und Frankreichs änderte nichts daran, dass beide Mächte die territoriale Integrität der nach 1918 neu entstandenen Staaten Osteuropas garantierten.

d) Der deutsche Angriff auf Polen war durch die militärische Zurückhaltung Frankreichs und Großbritanniens provoziert.

17. Das Ende des Zweiten Weltkrieges

a) Der Zweite Weltkrieg endete mit einem Friedensvertrag, der auf der Konferenz von Jalta abgeschlossen wurde.

b) Der Zweite Weltkrieg endete mit einem Friedensvertrag, der auf der Konferenz von Potsdam abgeschlossen wurde.

c) Der Zweite Weltkrieg in Europa endete mit der „bedingungslosen Kapitulation“ Deutschlands im Mai 1945.

d) Der Zweite Weltkrieg wurde offiziell mit der Stalin-Note 1952 beendet.

18. Außenpolitik in der Frühphase der Bundesrepublik Deutschland

a) Konrad Adenauer erreichte 1949 von den Alliierten die uneingeschränkte Souveränität der Bundesrepublik.

b) Die Konstellation des Kalten Krieges führte zu einer starken polarisierenden Wirkung außenpolitischer Fragen in der westdeutschen Innenpolitik.

c) Mit seiner Note von 1952 erkannte Stalin die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland an.

d) Im Godesberger Programm bekannte sich die SPD zur völkerrechtlichen Anerkennung der DDR.

19. Hallstein-Doktrin

a) Mit der Hallstein-Doktrin beginnt die Phase der „Neuen Ostpolitik“ in der Bundesrepublik.

b) Die Hallstein-Doktrin basierte auf dem völkerrechtlichen Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik.

c) Die Hallstein-Doktrin ebnete den Weg zu Adenauers Besuch in Moskau 1955.

d) Die Hallstein-Doktrin war eine Reaktion auf die Ulbricht-Doktrin, mit der die DDR die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und einen Sitz in den Vereinten Nationen erreichte.

20. Dekolonisierung

a) Großbritannien und Frankreich erreichten durch die Übernahme von Völkerbundmandaten nach dem Zweiten Weltkrieg die maximale Ausdehnung ihrer Kolonialreiche.

b) Die französische Dekolonisierung verlief nach 1945 blutiger, weil es den Briten gelang, die Grundsätze der „pax Britannica“ konsequent umzusetzen, wie zumal das Beispiel Indien zeigte.

c) Bis zur Suez-Krise und dem Algerienkrieg hielt die Vierte Französische Republik an einem eigenen Kolonialreich fest, um den Weltmachtstatus Frankreichs zu unterstreichen.

d) Die frühzeitige Aufgabe der letzten spanischen und portugiesischen Kolonien sicherten beiden Ländern die Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft.

21. Europäische Integration

a) Die Römischen Verträge nahmen die Gründung der NATO vorweg.

b) Für die europäische Integration bedeutete der Schumann-Plan vom Mai 1950 zur Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion einen entscheidenden Schritt.

c) Frankreich instrumentalisierte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gegen die Vereinigten Staaten.

d) Durch die Entwicklungen der 1960er und 1970er Jahre wurde die Europäische Union langfristig zu einem demokratisch legitimierten Bundesstaat.

22. Kalter Krieg

a) Der Kalte Krieg machte die Welt zwischen 1945 und 1989/91 durch die erfolgreiche Abschreckung der Atomkräfte friedlich.

b) Der Kalte Krieg eskalierte außerhalb Europas immer wieder in blutige Stellvertreterkriege, wie sich in Korea, Vietnam und Afghanistan zeigte.

c) Der KSZE-Prozess bedeutete faktisch das Ende des Kalten Krieges.

d) Der Kalte Krieg spaltete die Vereinten Nationen in zwei Lager, denen sich alle Staaten der Welt anschließen mussten.

23. „Neue Ostpolitik“

a) Im Deutschlandvertrag erkannte Ost-Berlin die Oder-Neiße-Grenze an.

b) Die „Neue Ostpolitik“ bezeichnet das Tauwetter zwischen Ost und West nach dem Tod Stalins 1953.

c) Mit der „Neuen Ostpolitik“ betrieb Bundeskanzler Willy Brandt eine Politik der kleinen Schritte gegenüber den Staaten des Ostblocks.

d) Mit der „Neuen Ostpolitik“ setzten sich innerhalb der bundesrepublikanischen Diplomatie die Gaullisten gegenüber den Atlantikern durch.

24. KSZE

a) Die KSZE war die direkte Folge der Kuba-Krise.

b) Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte war die Voraussetzung für die Einrichtung von deutsch-deutschen Botschaften in Bonn und Ost-Berlin.

c) Die KSZE-Konferenz drängte auf eine wirtschaftliche Integration der europäischen Staaten in Ost und West.

d) Auf die im „Korb 3“ der KSZE formulierten Menschenrechtsanliegen bezogen sich viele Oppositionsbewegungen in Ost- und Ostmitteleuropas.

25. Der Umbruch von 1989/91

a) Der Zwei-Plus-Vier-Vertrag definierte die Grenzen der NATO in Osteuropa.

b) Am 3. Oktober 1990 entstand die Bundesrepublik als Zusammenschluss von zwei zuvor unabhängigen Staaten.

c) Die Grenzen der Bundesrepublik wurden 1990 als endgültig und unwiderruflich definiert.

d) Trotz des Zwei-Plus-Vier-Vertrags gelten bis heute Reservatrechte der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik.